sowie die Industrielastverteilungen sind zur Gewährleistung der Stabilität der Energiesysteme berechtigt, operative Maßnahmen in der Erzeugung, Fortleitung und Verteilung von Elektroenergie, Gas und Fernwärme sowie Einschränkungen in der Lieferung von Elektroenergie, Gas und Fernwärme auf der Grundlage von Stufensystemen und als Gefahrenabschaltung anzuordnen.

(3) Die Betreiber von Erzeugungs-, Fortleitungs- und Verteilungsanlagen von Elektroenergie, Gas und Fernwärme und die kontingentpflichtigen Abnehmer haben die Weisungen der Dispatcherorganisationen und der ihnen unterstellten Bezirkslast- bzw. -gasverteilungen sowie der Industrielastverteilungen zu befolgen.

§ 19

Bekanntgabe der Spitzenbelastungszeiten und Versorgungsstufen

Die Spitzenbelastungszeiten in der Elektroenergieversorgung sind von der Dispatcherorganisation für die Elektroenergieversorgung im Rundfunk und in den Tageszeitungen bekanntzugeben. Zur Bekanntgabe der Versorgungsstufen genügt die Rundfunkdurchsage. Die kontingentpflichtigen Verbraucher sind verpflichtet, sich fortlaufend über die Spitzenbelastungszeiten und Versorgungsstufen zu unterrichten.

§ 20

Wirtschaftliche Energieanwendung

(1) Zur Sicherung einer optimalen Energieversorgung ist in allen Bereichen der Volkswirtschaft die sparsame und rationelle Anwendung aller Energieträger durch Maßnahmen zur ständigen Verbesserung des gesamtenergetischen Wirkungsgrades und zur Gewährleistung des volkswirtschaftlich richtigen Energieeinsatzes durchzusetzen.

(2) Das zentrale wissenschaftlich-technische Organ für die Durchsetzung der Grundsätze der wirtschaftlichen Energieanwendung ist die Zentralstelle für wirtschaftliche Energieanwendung mit den ihr unterstellten Bezirksstellen für wirtschaftliche Energieanwendung.

§ 21

Errichtung und wesentliche Änderung von Energieanlagen

Die in Durchführungsbestimmungen festgelegten Anlagen zur Erzeugung, Fortleitung und Verteilung von Elektroenergie, Gas und Wärme sowie zur Anwendung von Energieträgern aller Art dürfen zur Sicherung des technisch und ökonomisch zweckmäßigsten Betriebes nur mit Zustimmung der zuständigen Organe der Energiewirtschaft errichtet oder wesentlich verändert werden.

§ 22

Stilllegung von Energieerzeugungsanlagen

(1) Energieerzeugungsanlagen werden im Rahmen des Planes stillgelegt, umgesetzt oder verschrottet. Die außerplanmäßige Stilllegung, Umsetzung und Verschrottung von Energieerzeugungsanlagen bedürfen der Zustimmung der Abteilung Energie des Volkswirtschaftsrates.

(2) Die Rechte der Organe der Technischen Überwachung hinsichtlich der Stilllegung überwachungs-pflichtiger Energieerzeugungsanlagen bleiben unberührt.

§ 23

Bestimmungen über Abnehmeranlagen

f) Die Abnehmeranlagen müssen den technischen Vorschriften und den wirtschaftlichen Anforderungen

entsprechen. Die für die Revisions- und Instandhaltungstätigkeit für Abnehmeranlagen geltenden Bestimmungen sind zu beachten.

(2) Der Anschluß von Abnehmeranlagen an das öffentliche Versorgungsnetz erfolgt im Rahmen des Planes entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere den Technischen Anschlußbedingungen sowie den Lieferbedingungen für Elektroenergie, Gas und Wärme.

(3) Zur Gewährleistung der Sicherheit in den Abnehmeranlagen und zur Vermeidung von Störungen im öffentlichen Versorgungsnetz darf nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen die Errichtung oder wesentliche Änderung von Abnehmeranlagen nur von berechtigten Herstellern durchgeführt werden.

§ 24

Bedingungen für die Lieferung von Elektroenergie, Gas und Wärme

(1) Die Lieferung von Elektroenergie, Gas und Wärme aus dem Versorgungsnetz der Energieversorgungsbetriebe (öffentliches Versorgungsnetz) sowie durch sonstige Betriebe und Institutionen wird durch Lieferbedingungen geregelt.

(2) Diese Bedingungen enthalten insbesondere Bestimmungen über

1. den Abschluß der Verträge;
2. Art und Umfang der Lieferung und Abnahme von Elektroenergie, Gas und Wärme;
3. die Fälle, in denen der Energieversorgungsbetrieb die Lieferung unterbrechen, einschränken und einstellen kann;
4. den Umfang der Verantwortlichkeit des Energieversorgungsbetriebes und der Abnehmer;
5. die Umstellung des Versorgungsnetzes und sonstige Änderungen der Anschlußanlage;
6. die Energieabrechnung;
7. unberechtigte Entnahme von Energie.

Benutzung von Grundstücken für Zwecke der Energieversorgung

§ 25

Duldungspflicht der Eigentümer und sonstigen Nutzungsberechtigten von Grundstücken

(1) Zur Sicherung der Versorgung der Wirtschaft und Bevölkerung mit Elektroenergie, Gas und Fernwärme (öffentliche Energieversorgung) sind Eigentümer und sonstige Nutzungsberechtigte von Grundstücken verpflichtet, die Errichtung, Unterhaltung, Änderung und Beseitigung von Fortleitungs- und Verteilungsanlagen sowie von kleineren Umspann-, Regler- und Umformeranlagen bis zu einer Flächengröße von 50 m² (nachfolgend kurz Energiefortleitungsanlagen genannt) auf ihren Grundstücken zu dulden. Unberührt bleibt die Verpflichtung des Abnehmers von Elektroenergie, Gas und Wärme nach den Lieferbedingungen für die Zwecke der örtlichen Versorgung, die Zu- und Fortleitung von Energie sowie die Anbringung von Leitungsträgern und Zubehör über und durch ein Grundstück unentgeltlich zu gestatten und den Betrieb der Anlagen nicht zu beeinträchtigen.

(2) Zur Durchführung dieser Maßnahmen einschließlich der notwendigen Trassierungs- und Projektierungsarbeiten sind die Mitarbeiter der volkseigenen Energiebetriebe und die Mitarbeiter der diese Arbeiten durchführenden Betriebe und Institutionen befugt, die Grundstücke zu betreten und, falls erforderlich, zu befahren.